

PRESSEINFORMATION

Gordon Schnieder, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1
70. Plenarsitzung, Mittwoch, 18. September 2024

Redebeitrag zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten
„Was wir jetzt tun – Gemeinsam Zukunft gestalten“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Sperrfrist: Redebeginn

18.09.2024

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Präsident,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

vor uns liegt, bis zur nächsten Landtagswahl, eine herausfordernde Zeit.

Ihre Regierung – wir als Opposition, stehen dabei nicht in erster Linie im persönlichen Wettstreit, sondern hier, in diesem hohen Haus, im Dienst für Rheinland-Pfalz. Denn allein darum geht es bei unserer Arbeit: Um eine ehrliche, um eine handlungsfähige Politik

- für unser Land und
- für das Wohl seiner Bürgerinnen und Bürger.

Es ist diese Arbeit, diese Leistung, worauf die Menschen in unserem Bundesland vertrauen möchten. Gerade in der heutigen Zeit so vieler Unsicherheiten und Umbrüche in Gesellschaft und Wirtschaft. Aber auch in einer Zeit, in der unsere Demokratie unter Druck steht wie seit 1949 nicht.

2024 ist das Jubiläums-Jahr des Grundgesetzes. Nie wieder – das zentrale Versprechen unserer 75-jährigen Verfassung. Nie wieder Diktatur, Rassismus, Unterdrückung, Extremismus in Deutschland.

Hier, Anrede,

sehe ich die größte und wichtigste Aufgabe von uns allen: Das schwankende, gesellschaftliche Fundament zu stabilisieren und Politik so zu gestalten, dass sie das Vertrauen der Menschen, von Jungen, Senioren, Eltern, Familien, Arbeitnehmern, Unternehmern, nicht länger enttäuschen, sondern neu zurückgewinnt!

Das tun wir am besten,

- indem wir Probleme wirklich anpacken,
- indem wir Lösungen entwickeln, die alltagstauglich,
- und für Bürgerinnen und Bürgern verlässlich und spürbar sind.

Vielen Menschen fehlt es an Zukunftshoffnung. Da ist das Gefühl einer Dauerkrise, die nicht enden will. Terror, Kriege, Corona, Klima, Inflation, Migration ... Das macht etwas mit den Menschen. Und es sind nicht nur „einige Menschen“, die das Gefühl haben, Politik kümmere sich nicht genug um die wichtigen Themen. Es ist die überwiegende Mehrheit der Deutschen.

Ein noch nie dagewesener Anteil von Wählerinnen und Wählern, auch in unserem Bundesland, stellt die Handlungsfähigkeit des Staates in Frage – Nährboden für das Geschäft rechtsextremer Akteure und populistischer Bewegungen. Wir haben es gerade am 1. September in Sachsen und Thüringen erlebt. Das war ein tiefer Einschnitt. Eine rechtsextreme Partei wird zum ersten Mal stärkste Kraft in einem Landtag. Das Ergebnis ist ein Debakel, gerade in diesem Jubiläums-Jahr unseres Grundgesetzes, das eigentlich ein Fest der Strahlkraft unserer Demokratie sein wollte.

Diese Landtagswahlen waren bundespolitisch aufgeladen wie selten zuvor. Sie sind auch und gerade eine Abrechnung mit der Berliner Ampel. Und ein Signal, dass viele Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Geduld am Ende sind.

Anrede,

wer wie die Regierung in Berlin, die Menschen und ihren Alltag derart aus dem Auge verliert,

- der treibt die Polarisierung unserer Gesellschaft voran,
- der braucht sich nicht zu wundern, wenn Wählerinnen und Wähler sich abwenden und die Demokratie Schaden nimmt!

Ungelöste Migrationsprobleme, Heizungsgesetz, falsche Energiepolitik, Abwanderung von Unternehmen, Bürgergeld mit Fehlanreizen, überbordender Sozialstaat, überbordende Bürokratie, Kita, Schule, Gesundheit, Pflege.

Herr Ministerpräsident,

Sie haben angekündigt, die „Küchentisch-Themen“, den Alltag der Menschen in den Vordergrund zu rücken. Ich fordere Sie auf: Tun Sie wirklich etwas dafür, dass diese Themen nicht am Küchentisch verbleiben! Und nein, es reicht eben nicht, wie Sie vorhin sagten, durch offene Kommunikation den Menschen zu zeigen, dass die Politik etwas für sie bewegt! Es geht um ein Handeln, das spürbar ist! Machen Sie Ihren Einfluss geltend –

- für eine pragmatische, für eine lösungsorientierte Politik aus der Mitte der Gesellschaft heraus.
- für eine Politik, die denen, die jeden Tag zur Arbeit gehen und etwas leisten, wieder die Zuversicht gibt, dass mit ihrem Steuergeld vernünftig umgegangen wird!

Solingen – Terror – Maßnahmen – Migration/Integration

Herr Ministerpräsident,

„*Schutz und Chancen im Wandel*“ – dieses Leitmotiv haben Sie bei Ihrem Amtsantritt Ihrer politischen Arbeit vorgegeben. Ein gutes und ehrenwertes Ziel. Und ja, wir brauchen dringend Fortschritte auf dem Weg in eine gerechtere Gesellschaft, die Chancen und Schutz sichert. Denn die Politik muss achtsam sein. Aufpassen, dass Enttäuschung, Wut und Unsicherheiten nicht weiterwachsen.

Nie war es in den vergangenen Jahrzehnten für Regierende in Land und Bund so wichtig, unserem Land Stabilität zu geben. Zumal seit den brutalen Messerattentaten von Solingen und Mannheim Fragen der inneren Sicherheit die politische Agenda stärker denn je bestimmen.

Terror zielt nicht allein darauf ab, Menschen zu ermorden. Terror will Angst und Hass säen. Terror will Gesellschaften spalten und destabilisieren.

Anrede,

wir haben es bereits nach dem Polizistenmord in Mannheim betont und es gilt umso mehr nach Solingen: Diese Taten verändern unser Land. Diese Taten müssen unser Handeln verändern. Denn es geht um die Sicherheit unserer freien und offenen Gesellschaft. Es braucht klare und eindeutige Konsequenzen. Wir müssen der illegalen Migration und kriminellen Migranten deutliche Grenzen aufzeigen. Und das ist nicht mit einer schnellen Ersatzhandlung wie einem Abschiebeflug nach Afghanistan kurz vor Landtagswahlen getan.

Nachts fühlt sich mehr als ein Drittel der Deutschen auf öffentlichen Plätzen in öffentlichen Verkehrsmitteln oder an Haltestellen unsicher. 70% der Deutschen sehen unseren Staat im Bereich der inneren Sicherheit überfordert. Kaum ein Tag ohne Messerstecherei oder ähnliche Gewalttaten meist inmitten irgendeiner deutschen Innenstadt. 38 Messerangriffe an jedem Tag 2023. Und der Ausländeranteil liegt unter den Tatverdächtigen überproportional hoch. Diese Zahlen beinhalten eine bittere Wahrheit, die wir aussprechen und der wir uns mit den notwendigen Konsequenzen stellen müssen.

Aber es geht natürlich nicht allein um Kriminalität. Es ist offensichtlich, dass allein schon die hohe Zahl der Flüchtlinge, die derzeit nach Deutschland gelangt, unser Gemeinwesen, unsere Kommunen überfordert. Unterbringung, Plätze in Kitas, Schulen, ärztliche Versorgung. Was ein Land materiell an Hilfen leistet, ist das eine. Maßnahmen für eine wirkliche Integration das andere.

Denn je mehr Menschen mit gänzlich anderen kulturellen Prägungen sowie Wertegerüsten und -vorstellungen zuwandern, desto schwieriger wird die Integration, desto größer sind die Gefahren für den sozialen Frieden. Die jüngsten Wahlergebnisse sprechen eine deutliche Sprache. Kein Thema beschert den Feinden der Demokratie so viel politischen Auftrieb!

Machen wir uns nichts vor: In den kommenden Jahren werden es nicht weniger Menschen werden, die sich wegen Krieg, Armut, Klimawandel zu uns auf den Weg machen. Wir stehen vor schwierigen Fragen:

- Wie lässt sich die steigende Migrations- aber auch Missbrauchsdynamik mit dem geltenden Rechtsrahmen bewältigen?

- Wie sehen Wege aus, die vor Gerichten Bestand haben?

Unsere Türen sind weit offen, wenn es um den Eingang, die Ankunft in Europa geht. Jeder Migrant hat das verbrieftete Recht Schutz zu beantragen. Aber wenn es wieder rausgehen soll, dann ist die Tür zum Ausgang wesentlich kleiner, enger, ja nahezu verbarrikadiert. Rechtliche Hürden verhindern, dass jemand die EU auch tatsächlich wieder verlässt.

Wem es einmal gelungen ist, nach Deutschland einzureisen und einen Aufenthaltsstatus zu erlangen, hat – berechtigt oder nicht – große Chancen, hier zu bleiben. Das ist auf Dauer – zumal bei weiterhin hohen Zuzugszahlen – nicht akzeptabel.

Als CDU-Fraktion haben wir deshalb mehrfach Vorschläge ins Parlament eingebracht, deren Umsetzung die Situation auch in Rheinland-Pfalz verbessert hätte. Die Ampel-Regierung hat diese allesamt abgelehnt. Ich denke nur an Ihre Reaktion auf unsere Forderung nach lageabhängigen Grenzkontrollen zur Bekämpfung der irregulären Migration. Sie haben uns hier im Hause einen Anschlag auf den europäischen Gedanken vorgeworfen. Die Realität hat Sie längst eingeholt.

In Ihrer Rede haben Sie soeben erklärt, dass Sie „heute einige der Folgen der Migrationspolitik der CDU-Regierung unter Angela Merkel seit 2015 bewältigen“ müssen. Dabei haben Sie eins vergessen:

- Sie sind seit 1998 mit Ausnahme von vier Jahren Teil der Bundesregierung;
- Insbesondere seit Anstieg der Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 saßen Sie mit am Steuer und haben sogar aktiv, Verschärfungen, die von der Union gefordert wurden, als Koalitionspartner und auch Sie im Bundesrat blockiert!

Hier im Plenum haben Sie unserem Vorschlag zur Einführung von Grenzkontrollen zu den Ländern, über die die Fluchtrouten zu uns führen abgelehnt und sogar in Zweifel gezogen. Und jetzt? Jetzt erlässt Innenministerin Faeser in Panik Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen – auch zu Luxemburg, Belgien und Niederlanden. Also auch zu den Ländern, die faktisch von Schleuserouten nicht betroffen sind und bei denen nun Pendler die leitragenden sind und nicht die Schleuser.

Das Attentat von Solingen, aber auch das von Mannheim und der Vorfall von München hätte, so tragisch sie sind, weder durch Messerverbotzonen noch Waffenrechtsverschärfungen verhindern können. Es ist richtig, dass wir auch alles daransetzen müssen, dass Extremisten und Terroristen nicht in den Besitz von Waffen kommen dürfen. Aber allein darauf den Fokus zu legen ist doch reine Symbolpolitik. Wir müssen doch viel stärker dafür sorgen, dass sie erst gar nicht zu uns ins Land kommen.

Friedrich Merz hat zurecht immer wieder darauf hingewiesen, dass die Ansätze der Berliner Regierung eben nicht ausreichen, um eine echte Wende in der Migrationspolitik herbeizuführen. Eine Wende, die sich die Bevölkerung wünscht und die unser Land in die echte Lage versetzt, denjenigen auch in angemessenem Maße gerecht zu werden, die Berechtigten in Deutschland Schutz und Hilfe suchen. Das gelingt uns nur mit einer konsequenten Zurückweisung an den deutschen Grenzen.

Anrede,

ich bin davon überzeugt: Die Migrationsdynamik kann nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung in Europa, von Bund und Ländern und auch nur über Parteigrenzen hinweg gelöst werden.

Wir stehen hier vor einer der ganz großen Aufgaben aktueller Politik. Und wir in Rheinland-Pfalz sollten unseren Beitrag dazu leisten, dass eine grundsätzliche Wende gelingen kann. So vieles hängt davon ab. Auch, ob rechtsextreme, völkische Parteien und andere populistischen Bewegungen weiter Auftrieb erhalten. Parteien, die unsere demokratische Grundordnung und unsere Werte verachten, die Gerichtsbarkeit verändern, Europa und den Binnenmarkt abschaffen wollen und denen die Pressefreiheit ein Dorn im Auge ist.

Sie von der AfD stehen eben nicht für Einigkeit, für Recht und für Freiheit. Sie sind eine Gefahr für die Demokratie, für die Wirtschaft, für unseren Wohlstand.

Auch deshalb bietet Ihnen die CDU-Fraktion, Herr Ministerpräsident, bei der Bewältigung der Migrationswende die Zusammenarbeit an. Wir möchten uns mit unseren Vorschlägen einbringen. Lassen Sie uns in einem gemeinsamen Schulterschluss aller demokratischen Parteien der Mitte etwas

zum Besseren bewirken – für das Wohl unseres Bundeslandes, für den Schutz der Bevölkerung und für den demokratischen Zusammenhalt.

Die Aufgabe ist auch deshalb so groß, weil wir hier vernetzt denken müssen. Die Politikfelder Migration, Innere Sicherheit, Bildung und Soziales sind nicht mehr voneinander zu trennen. Morgen erneuern und ergänzen wir unsere Vorschläge in einem eigenen Antrag. Deshalb möchte ich schon heute an die regierungstragenden Fraktionen appellieren, weil es uns besonders wichtig ist: Stimmen Sie unserem Antrag morgen zu, für eine ehrliche Migrationspolitik, die unser Asylsystem schützt und denen hilft, die zu Recht auch Hilfe benötigen!

- Sorgen Sie dafür, dass nicht-Bleibeberechtigte und natürlich Schwerkriminelle Straftäter unser Land zügig verlassen:
- Bauen Sie die Zentralstelle für Rückführungsfragen (ZRF) in Trier zu einer Zentralen Ausländerbehörde aus. Wir brauchen eine Bündelung der Zuständigkeit für Abschiebungen und eine Entlastung der kommunalen Ausländerbehörden.
- Und erhöhen Sie die Zahl der zur Verfügung stehenden Abschiebehaftplätze deutlich. Das ist die Voraussetzung dafür, dass sich vollziehbar Ausreisepflichtige nicht der Abschiebung entziehen.

Schutz und Chancen – Herr Ministerpräsident, Sie stehen mit diesen Worten in bester Tradition – geisterte dieses Wort noch durch jede SPD-Regierungserklärung der vergangenen Jahre.

Ein Amtsvorgänger von Ihnen, Kurt Beck, hat in diesem Zusammenhang gesagt:

„Um die Menschen, die ihre Chancen bisher nicht oder nicht richtig genutzt haben aus der Sackgasse herauszuführen, werden wir in Rheinland-Pfalz eine Kultur der zweiten und dritten Chance etablieren.“

Anrede,

aus angekündigten Chancen seitens der rheinland-pfälzischen Regierungsbank, ob in der Bildung, in Gesundheit, Kommunalfinzen, Infrastruktur, Digitalisierung... sind in den vergangenen Jahren lediglich Warteschleifen geworden! Statt Chancen – ein Endlosstau in vielen Feldern!

Mit Malu Dreyer brach dann die Kultur der vierten Chance in Rheinland-Pfalz an und wir sind gerne bereit, uns jetzt mit ihnen auf die Kultur einer fünften Chance einzulassen – man darf die Hoffnung nie aufgeben – aber dann nutzen Sie diese Chance auch! Unser Land braucht gerade jetzt mehr als große Sätze aus dem politischen Phrasenbaukasten, die am Ende nur leere Versprechungen bleiben!

Im Vorfeld der heutigen Regierungserklärung habe ich sehr genau Ihre Interviews und Ihre Ankündigungen gelesen. Sortieren wir mal ein wenig – da fallen merkwürdige Diskrepanzen auf:

1. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Sie wollen ein Augenmerk auf den Zusammenhalt der Regionen legen. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, so Ihre Worte, müsse jederzeit Grundlage des Handelns sein und werde einer ihrer Regierungs-Schwerpunkte. Die Lebenschancen! sollten überall gleichwertig verteilt sein und die ländlichen Gebiete dürften nicht das Gefühl bekommen, dass sie vergessen werden – haben Sie erklärt.

Aber,

genau das Gegenteil ist doch seit langem der Fall! Wir haben massive Ungleichgewichte in unserem Bundesland, zwischen Regionen und Städten. Bleibt ihr Realitätssinn schon jetzt auf der Strecke?

- Haben Sie das Signal des VGH Rheinland-Pfalz, dass wiederholt die Aufstellung des KFA als verfassungswidrig erklärt hat, vergessen?
- Sie wissen selbst, dass gerade noch eine Klage der Stadt Pirmasens und des Landkreises Kaiserslautern vor dem Bundesverfassungsgericht läuft. Hier geht es um Grundsatzfragen, die die gesamte kommunale Finanzpolitik in Rheinland-Pfalz betreffen.
- Schauen wir uns unsere Schulen an: Hier lassen Sie die Kommunen beim nötigen Ausbau zur Vorbereitung des ab dem Schuljahr 2026/2027 gültigen Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung einmal mehr sich selbst überlassen. Unabhängig von dem eh schon hohen Sanierungstau, den unsere Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte zu ertragen haben.

- Beim DigitalPakt 2.0 zwischen dem Bund und den Ländern gibt es keine Einigung, weil es eben auch immer wieder Rheinland-Pfalz ist, dass seine „echte“ 50-prozentige Beteiligung an den Bundesprogrammen nicht erbringt. Ich kann den Bund verstehen, dass er sich hier langsam – freundlich ausgedrückt – nicht ernstgenommen fühlt.
- Und nun bringen Sie ein neues Investitionsprogramm zur Schaffung der Gleichwertigen Lebensverhältnisse: Fördervolumen 200 Mio. Euro, dass Sie nicht per Gießkanne, sondern gezielt ausgeben wollen. An etwa 60 Kommunen, so darf man mutmaßen. Das sind sage und schreibe 3,3 Mio. Euro je Kommune im Schnitt. Und Sie glauben mit diesem Einmal-effekt richtig Strukturpolitik betreiben zu können? Dafür braucht es einen dauerhaften und nachhaltigen Einsatz des Landes und nicht ein Programm, wo Sie vor der Landtagswahl kommunale Förderbescheide im Land verteilen können. So wie bei KiPKi erlebt. Wenn Sie heute erklären, dass rund ein Viertel der Bevölkerung von diesem neuen Programm profitiert, heißt das doch im Umkehrschluss: SPD-geführte Landesregierungen haben in den vergangenen Jahrzehnten jeden vierten Rheinland-Pfälzer links liegen lassen!
- Die Brandbriefe Hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, zuletzt veranschaulicht durch das eindringliche Schreiben von Beate Kimmel, Oberbürgermeisterin von Kaiserslautern, zeigen doch deutlich: Die Not ist groß!

Die Kommunen fühlen sich vom Land im Stich gelassen – das ist Fakt. Sie haben eine ungewöhnliche Formulierung gefunden, um dies zu beschönigen – ich zitiere:

„Mir gefällt es nicht, wie oftmals die Diskussion zwischen den Kommunen und dem Land verläuft. Da haben sich fast schon Rituale des gegenseitigen Missverständnisses eingespielt...“

Rituale des gegenseitigen Missverständnisses? Ich befürchte, es gibt hier vor allem ein Ritual: Die LR wirtschaftet auf Kosten unserer Städte und Gemeinden, bürdet Ihnen unverhältnismäßige Lasten auf. Und tun Sie bitte nicht so, als sei die jüngste Entschuldungsinitiative eine Heldentat der Landesregierung! Das ist nur eine kleine Entschädigung dafür, dass unsere Kommunen über Jahrzehnte vom Land zu wenig Geld im Vergleich mit ihren wachsenden Aufgaben bekommen haben. Die Folge: ein trauriger Schuldenrekord im Vergleich zu anderen Bundesländern.

Derweil sich auch jetzt die Kostenspirale ungebremst weiter nach oben bewegt – ich empfehle Ihnen, nochmal das Interview mit dem Landrat von Kusel, in der Rheinpfalz vor zwei Wochen oder den eben zitierten Brief Ihrer Parteifreundin aus Kaiserslautern. Jahrzehntelang hatte die rheinland-pfälzische SPD als Regierungspartei Zeit dafür zu sorgen, dass der ländliche Raum, seine Kleinstädte, attraktiv bleiben.

- dass alles mit der Schule stimmt,
- dass der Bus fährt,
- die Hochschulen nicht unterfinanziert sind,
- dass die Infrastruktur in Ordnung ist,
- Die Kulturfinanzierung nicht die rote Laterne unter den Bundesländern trägt. Ob Spitzenkultur oder ländlicher Raum – RLP als Kulturraum ist ihnen zu wenig wert.

Anrede,

SPD-geführte Landesregierungen haben

- unsere Kommunen in hohe Verschuldungen, mit die höchsten in Deutschland und an die Grenze der Handlungsfähigkeit getrieben.
- Sie haben die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt, Städten, Gemeinden, Kreisen die Luft zum Atmen genommen.

Wir freuen uns, wenn Sie die finanziellen Mittel für die Investitionen in unsere Infrastruktur endlich zur Verfügung stellen. Aber der Fakt bisher ist doch ein anderer: Kein Bundesland lässt seine Infrastruktur so verkommen wie Rheinland-Pfalz. Beim eigentlichen Straßenbau werden die Ansätze seit Jahren lediglich ins nächste Haushaltsjahr übertragen und dabei noch nicht einmal die immensen Preissteigerungen abgefangen. Konkret bedeutet das: Von Jahr zu Jahr werden in Rheinland-Pfalz eben weniger Kilometer an Straßen saniert.

Wir hoffen, dass Sie ihren Worten heute endlich Taten folgen lassen und am Ende einmal mehr nicht nur die Planzahlen für sich stehen. Denn dann – das ist auch unsere Forderung seit Jahren – ist Rheinland-Pfalz auch nicht mehr das Schlusslicht bei der Investitionsquote, dann geben Bürgermeister aus Protest auch nicht mehr ihre Ämter auf, und Kommunalpolitiker sind nicht mehr länger frustriert!

Schaffen Sie das nicht, sind wir wieder beim Thema Schutz und Chancen? Denn dann brauchen unsere Kommunen Schutz. Vor dem Handeln dieser Landesregierung!

Anrede,

dabei ist es eine so elementare Erfahrung, das eigene Lebensumfeld mitgestalten zu können! Heimatempfinden und Demokratie stehen in unmittelbarem Zusammenhang. Wer seine Heimat als abgehängt wahrnimmt, die Daseinsvorsorge vor Ort kritisch betrachtet, ist unzufriedener mit der Politik oben und mit der Demokratie. Genau deshalb ist auch die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Kommunen und Kreise so wichtig. Denn sie schafft eine wichtige Basis des gesellschaftlichen Lebens und eine Schule für Demokratie.

Herr Ministerpräsident, als Sozial- und Gesundheitsminister, als Fraktionsvorsitzender, als Minister für Transformation – waren Sie eine der Säulen der SPD-geführten Regierungen – Sie hätten sich längst für mehr kommunale Chancen und gleichwertige Lebensverhältnisse stark machen können.

Kommen wir zu einem weiteren Thema, das Sie bereits im Vorfeld Ihrer Regierungserklärung als eines Ihrer Kernthemen ausgerufen haben: Bürokratieabbau. Sie sagen, „die Bürger seien genervt, wie kompliziert alles geworden sei“.

Herr Ministerpräsident: Volle Zustimmung. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht öffentlich das immer weiter ausufernde Bürokratedickicht kritisiert wird, an dem uns nicht Hilferufe aus der Wirtschaft erreichen, von Mittelständlern, die am liebsten das Handtuch werfen würden, weil ein Großteil ihrer Arbeitszeit für Formulare und Verordnungen draufgeht. Es vergeht aber auch kaum ein Tag, an dem nicht die Politik, an dem nicht Regierungen Bürokratieabbau versprechen. So, wie Sie es heute tun.

Aber, Anrede,

weniger Bürokratie kommt nicht von allein!

Es ist doch nicht so, dass die Landesregierung hier in den vergangenen Jahren mit dem Rotstift vorangegangen wäre – um positive Signale zu setzen, die unsere Unternehmer, unsere Winzer, unsere Landwirte ermutigt hätten, die tagtäglich mit neuen administrativen Vorgaben, angefangen oben in Brüssel, zu kämpfen haben.

Unlängst habe ich einen florierenden mittelständischen Betrieb in Rheinland-Pfalz besucht. Mein Gesprächspartner drückte mir eine Liste über die zu führenden Statistiken und Meldepflichten in die Hand. Dieser ganze Papierkram lässt einen sprachlos zurück. Zumal niemand weiß, was mit all diesen Statistiken und Dokumentation wirklich geschieht und in welchen Schubladen sie am Ende landen.

Anrede,

das ist bürokratisch vorprogrammierter Frust für unsere Wirtschaft, ein Hemmschuh für Innovationen und unternehmerische Freiheit! Das eröffnet eben keine Chancen!

Nun loben Sie die Verwaltungsvereinfachungen im Rahmen des OZG, für die Sie sich als Digitalisierungsminister mit verantwortlich gezeigt haben. 16 vom Bund + 7 Maßnahmen des Landes werden nun umgesetzt, von insgesamt 575 Verwaltungsdienstleistungen. Dabei legt RLP den Schwerpunkt auf die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen wie dem Jagdschein, der Waffenerlaubnis oder den Fahrtenschreibern. Glauben Sie wirklich, dass das der digitale Bürokratieabbau ist, den ein Großteil der Menschen berührt? Wohl kaum.

Und dafür sind vom Land noch zentrale Basisdienste, wie Software für das elektronische Bezahlen oder den Signatur- und Siegeldienst bereitzustellen. 7 Jahre nachdem das OZG verabschiedet wurden. Und allein seit 2 Jahre warten die Kommunen allein schon auf einen neuen digitalen Bezahl-dienst. Hier hätten wir uns vom Digitalminister in den vergangenen drei Jahren mehr Umsetzung und Engagement erwartet.

Uns ist klar, vieles wird nicht nur auf Landesebene entschieden, geregelt und vereinfacht. Vieles kommt aus Berlin oder auch aus Brüssel. Aber es gibt jede Menge Stellschrauben, an denen Sie auf Landesebene wirkungsvoll ansetzen können: Sei es bei der Vereinfachung von Förderungen – ich verweise hier nur auf unseren Antrag aus dem April-Plenum, in welchem wir exemplarisch und ganz konkret hier in diesem Haus die Abschaffung der rheinland-pfälzischen Sondervorschriften bei den Feuerwehrfahrzeugen und eine Vereinfachung des Förderwesens gefordert haben; leider ohne Erfolg – er wurde mit der Mehrheit der Ampelfraktionen abgewiesen.

Oder auch nachzulesen in dem umfangreichen Papier der Arbeitsgemeinschaft Industrie- und Handelskammern RLP, in welchem diese auf fünf Seiten von der Landesbauordnung bis hin zum Gaststättenrecht – dort machen es uns andere Länder bereits vor – Beispiele nennt, wie Bürokratieabbau vorangebracht werden kann.

Wir sind hier gerne an Ihrer Seite und begrüßen, wenn Sie ihren Worten Taten folgen lassen. Gerne werden wir als Opposition in den kommenden Monaten weitere Vorschläge im Plenum machen und freuen uns bereits heute auf Ihre Zustimmung. Denn ich hoffe, Sie meinen es mit ihrer Initiative ernst, freuen sich auf unsere Impulse und tragen sie mit!

Anrede,

wenn wir über Chancen reden, dann müssen wir eine gute und krisenfeste Gesundheitssicherung in allen Regionen des Landes, auf dem Land, in der Stadt stärker in den Blick nehmen.

Die Menschen wollen und müssen medizinisch gut versorgt sein. Das schafft Sicherheit. Hier geht es um ein Grundbedürfnis.

Doch Bürgerinnen und Bürger in ganz Rheinland-Pfalz erleben bereits heute einen spürbaren Fach- und Hausärztemangel, zudem ein noch nie dagewesenes und planloses Krankenhaussterben.

Als wäre dies nicht schon genug, gibt es immer weniger Apotheken im Land und auch der Rettungsdienst, die notärztliche und zahnärztliche Versorgung stehen vor enormen Herausforderungen.

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung hervorgehoben,“ an der Universitätsmedizin Mainz werde tagtäglich Großartiges geleistet, in Forschung, Lehre, Patientenversorgung“. Ja, da stimme ich Ihnen zu und möchte mich ausdrücklich bei allen Beschäftigten, Ärztinnen und Ärzten, dem Pflegepersonal, der Verwaltung bedanken für ihren Einsatz:

- Trotz der Arbeitsbedingungen, denen sie seit Jahren ausgesetzt sind,
- trotz der vielen Probleme, mit denen sie kämpfen,
- trotz der deutlichen Unterfinanzierung des Bereichs Forschung und Lehre,
- trotz des hohen Schuldendefizits.

Wir begrüßen es, wenn Sie zum Wohl des Klinikums und seiner neuen Geschäftsführung endlich mit daran arbeiten, dass die Universitätsmedizin der Leuchtturm in der rheinland-pfälzischen Krankenhauslandschaft ist und über die Landesgrenzen hinauswirkt, den es verdient. Sorgen wir endlich für die besten Bedingungen für unsere Spitzenmedizin!

Sorgen wir für ausreichend Medizinstudienplätze, damit die Leute nicht monatelang auf einem Termin beim Arzt warten müssen. Damit auch auf dem Land Praxen Nachfolger finden. Bereits heute fehlen in Rheinland-Pfalz rund 1.000 Ärzte. Allein 300 Hausarztsitze sind unbesetzt.

Die nun von der Landesregierung geplante Kapazitätserhöhung um 50 Studierende auf 500 Plätze werden nicht reichen, um dem Ärztesterben in Rheinland-Pfalz wirkungsvoll begegnen zu können. Deshalb haben wir Ihnen erst im vergangenen Juni einen Vorschlag zur Kooperation mit dem Saarland gemacht, um gemeinsam an der Universitätsmedizin Homburg Mediziner für unsere beiden Bundesländer auszubilden und auch zu binden. Wenn es Ihnen ernst ist, dass es bei der medizinischen Versorgung keine Rolle spielen soll, ob ich auf dem Land oder in der Stadt lebe. Wenn Wege und Wartezeiten kurz sein sollen, dann greifen Sie unseren Vorschlag auf und setzen sich für unsere echten Lösungsvorschläge zur Erhöhung der Medizinstudienplätze für Rheinland-Pfalz ein. Dann erreichen Sie auch wieder, dass das von Ihnen beschriebene Bild in 7-10 Jahren möglicherweise wieder der Lebenswirklichkeit in vielen ländlichen Gebieten entspricht.

Denn damit sorgen Sie dafür, dass unsere Kinder, Jugendlichen, Senioren und Schwangeren optimal versorgt werden und nicht stundenlang herumirren, weil der nächste Arzt aus Altersgründen zu gemacht hat und einfach entweder kein anderer Arzt in der Nähe oder dieser bereits so überlastet ist, dass er keine zusätzlichen Patienten aufnehmen kann. Das ist derzeit traurige Realität in vielen ländlichen Regionen. Besonders gravierend ist es im Bereich der Geburtsstationen: Hier wurden seit 2009 in Rheinland-Pfalz 21 Abteilungen in Krankenhäusern geschlossen.

- Sorgen Sie dafür, dass Krankenhäuser ausreichend finanziert sind. Als früherer Gesundheitsminister wissen Sie doch selbst am besten: Die Landesregierung hat über Jahre – viel zu wenig Geld in die Förderung unserer Krankenhäuser gegeben – stattdessen schnürt eine chronische Unterfinanzierung Kliniken die Luft ab. Es geht um rund eine Milliarde Euro. Ein solider, zukunftsorientierter Landeskrankenhausplan – Fehlanzeige.

Schauen wir genau hin: Seit 2022 haben in RLP acht Kliniken ihre Türen in der Grundversorgung für immer geschlossen oder wurden zur Tagesklinik abgestuft. Die Liste:

- 1) das St. Josef Krankenhaus Adenau,
- 2) die Paracelsus-Klinik Bad Ems,
- 3) das Krankenhaus Annweiler und
- 4) Krankenhaus Altenkirchen am 09.08.24 hinzu
- 5) das Marienklitorium in Gerolstein.
- 6) St. Elisabeth, Lahnstein
- 7) Loreley-Kliniken St. Goar und Oberwesel
- 8) Der Standort Rockenhausen des Westpfalz-Klinikums

und in Zell steht die Schließung unmittelbar bevor.

Zudem haben oder hatten folgende Einrichtungen Insolvenz angemeldet:

- DRK Trägergesellschaft Südwest mit den Häusern in Hachenburg, Alzey, Kirchen (Sieg) und Neuwied.
- Heilig-Geist-Hospital Bingen gGmbH
- St. Marienwörth, Bad Kreuznach

- Das Herz-Jesu-Krankenhaus in Dernbach

Eine Liste der Krankenhäuser, die sich in finanziellen Schwierigkeiten, also in den roten Zahlen befindet, würde heute und hier den Rahmen sprengen, denn: aktuell schreiben mehr als 80 Prozent der 87 Kliniken (an 110 Standorten) im Land rote Zahlen – bei gleichzeitiger Reduktion der Leistungen.

Sorgen Sie wenigstens für Transparenz:

- Wie wollen Sie eine flächendeckende medizinische Grundversorgung sicherstellen?
- Wo wird es noch Krankenhäuser geben?
- Was wird dort angeboten?

Die Bürgerinnen und Bürger wollen wissen, wie es weiter geht. Da geht es nicht nur um Schutz und Chancen, da geht es um Vertrauen.

WIRTSCHAFT/KLIMAGESETZ

Alles dafür tun, das Rheinland-Pfalz ein starkes Industrieland bleibt. Da würden wir Sie wirklich zu gerne beim Wort nehmen. Aber in der Realität ist jede Menge Druck im Kessel. Vor einigen Wochen hat die IHK-Arbeitsgemeinschaft für RLP erklärt: Das Vertrauen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft in die Energiepolitik ist stark beschädigt: 40 Prozent der befragten Unternehmen sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit bedroht. Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz vermisst eine Perspektive für eine zuverlässige Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen. Und die Unternehmen? Sie hören auf zu investieren, bauen Stellen ab, verlagern Kapazitäten ins Ausland – oder denken zumindest darüber nach.

Die Landesvereinigung der Unternehmerverbände warnt mit deutlichen Worten. Ich zitiere:

„Wir befinden uns in Deutschland und in RLP in einer Situation, die extremst herausfordernd ist.“

Ob Chemie-, Automobil-, Metall-, Elektroindustrie - langsam geht es ans Eingemachte. Aber noch um etwas anderes: Um das grundlegende Verständnis, welche Rolle die Wirtschaft für unseren gesamtgesellschaftlichen Wohlstand hat – was – Anrede – gerade zunehmend unter die Räder kommt.

Wir haben mit unserer Fraktion vergangene Woche Unternehmer und Verbandsvertreter getroffen, die uns glasklar sagten:

„Wir werden nichts Neues hinbekommen, wenn wir den Weg gehen, den sich die Berliner Koalition vorstellt. Wir sind zu vielem bereit, aber nicht so, wie Bürokraten das Vorgeben. Und wenn das so weiter geht, brechen wir die Zelte ab.“

Anrede,

es geht nun mal nicht darum, dem Unternehmer ideologiegetrieben vorzuschreiben, was er zu tun und zu lassen hat. Sondern um Technologieoffenheit, um unterschiedliche, marktorientierte Prozesse, um das Ringen um beste Lösungen und Innovationen.

Nehmen wir den Wirtschaftsstandort Kaiserslautern. Hier bilden wir Fachkräfte auf höchstem Niveau aus. Kaiserslautern hat sich einen Namen gemacht, wenn es um erstklassige Forschung und Ausbildung geht, und zeigt damit, welches Potential in unserem Land steckt.

Doch hier liegt auch unser Kernproblem: Das Ausbilden gelingt uns, aber das Halten dieser Fachkräfte nicht. Viele gut ausgebildete Fachkräfte verlassen Rheinland-Pfalz, weil es an attraktiven Lebens- und Arbeitsbedingungen mangelt. Wie der IHK-Fachkräftereport deutlich macht, fehlt es an bezahlbarem Wohnraum, ausreichend Kinderbetreuung und einem gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr. Das sind entscheidende Faktoren, die darüber bestimmen, ob eine Region für Fachkräfte attraktiv ist oder eben nicht. Und nicht nur das Halten der Fachkräfte ist so wichtig in diesem Zusammenhang, sondern auch das Gewinnen von Fachkräften!

Denn eine starke Wirtschaft, eine starke Industrie sind entscheidend für gute Ausbildung und sichere Arbeitsplätze, für Wohlstand und damit für gesellschaftliche Stabilität. Aber was macht die Landesregierung unter ihrem neuen Regierungschef just jetzt, in dieser schwierigen Phase, in der

die Wirtschaft steckt? Sie kündigt an, unser Bundesland noch 5 Jahre früher als geplant, 2040, klimaneutral machen zu wollen.

Anrede,

was nützt ein solcher Alleingang unseren Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb bestehen müssen. Warum muss die Landesregierung ausgerechnet jetzt unsere mittelständischen Betriebe genauso wie Bürgerinnen und Bürger überfordern?

Wir alle kennen den Spruch: Wer A sagt, muss auch B sagen. Wer Ziele steckt, muss auch den Plan liefern, mit dem man die Ziele erreicht! Und das bezahlbar für unsere Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft in unserem Land.

Verstehen Sie es nicht falsch: Als CDU-Landtagsfraktion sind wir immer für gute Ziele und eine gute Politik zu haben. Aber, ein Klimaschutzgesetz anzukündigen, mit dem Ziel bis 2040 die Klimaneutralität zu erreichen, nochmal fünf Jahre schneller als der Bund, aber den Weg dahinter erst für zwei Jahre später anzukündigen, ist fern ab von guter Politik – im Gegenteil – es ist einfach nur schlechtes, politisches Handwerk!

Es reicht eben nicht, nur Schaufenster-Politik zu machen, um bei den Ersten zu sein, die ein solches Gesetz verabschieden. Sie erhöhen die Bürokratie, legen den Unternehmen und den Menschen im Land rechtliche Fesseln ans Bein und verabschieden sich von den Mechanismen des Marktes.

Wenn es Ihnen mit der Klimapolitik ernst wäre,

- dann hätte es oberste Priorität, dieses Bundesland mit bezahlbarer, verlässlicher und klimaschonender Energie zu versorgen.
- Dann würden Sie ein Landessolargesetz, oder das Wind-an-Land-Gesetz nicht so halbherzig umsetzen,
- dann würden sie den Netzausbau zur Chefsache erklären.

- Und vor allem würden sie schauen, dass wir aus dem Stadium von Pilotprojekten in eine flächendeckende Umsetzung kommen.

Industrie und Wirtschaft machen es vor – wir dürfen als öffentliche Hand nicht hinterherlaufen. Vom Land geht eine Vorbildfunktion aus – das dürfen die Bürgerinnen und Bürger auch erwarten. Doch wo sind denn die flächendeckenden Solaranlagen auf Landesliegenschaften? Wo sind die großen Visionen und Überlegungen, wie die Netze in RLP aussehen sollen, wenn in einer Straße in Zukunft mehr als die Hälfte der Bewohner ein Elektroauto fährt und eine Wärmepumpe besitzt? Wer Klimapolitik ernst nimmt, fängt auch und vor allem bei sich selbst an!

Für die CDU-Fraktion ist klar: Dem Klimawandel können wir nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen begegnen: Aber dazu braucht es Akzeptanz und einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Den werden wir jedoch nur erreichen, wenn wir gleichzeitig unsere Wirtschaftskraft und unseren Wohlstand erhalten.

Bildung

In kaum einem Politikfeld geht es mehr um Chancen, um Lebenschancen, als in der Bildung. Der Allgemeinen Zeitung haben Sie, Herr MP, gesagt (11.07), ich zitiere wörtlich;

„Egal woher Du kommst, woher Deine Eltern kommen, wo du lebst wir werden dich in Rheinland-Pfalz mit Bildungsangeboten unterstützen und begleiten.“

Ihr Euphemismus in Ehren – Sie können doch nicht wirklich, wie eben gesagt, erklären:

„Unser Ansatz ist: Das tun, was Kindern hilft.“ „im Bildungshaushalt... bleibt die sehr gute Unterrichtsversorgung im Mittelpunkt.“

Fakt ist doch:

Das rheinland-pfälzische Bildungssystem steckt in einer fundamentalen Krise. Es produziert zu viele Verlierer und eben zu wenig Chancen. Stattdessen ist für einen hohen Prozentsatz der Kinder das Versagen schon in den ersten Schuljahren vorprogrammiert! Bildungspolitische Ankündigungen und Realität trafen merklich auseinander. Noch nie wurde in Rheinland-Pfalz ein derartiger Bildungsabbau betrieben wie unter SPD-geführten Landesregierungen!

Bereits in der Grundschule verpassen viele den Anschluss. Zu viele Viertklässler, 25 Prozent, können nicht ausreichend Lesen und Schreiben. Jedes vierte Kind! Die Sitzenbleiberquote hat sich seit 2015 um 56 Prozent erhöht. In Ludwigshafen mussten 7,3 Prozent die erste Klasse wiederholen. In der Gräfenau-Schule fast jedes dritte Kind. Fast jedes dritte Kind, Anrede.

„Das ist nur die Spitze des Eisbergs“,

kommentiert der rheinland-pfälzische Philologenverband die Zahlen.

Die Verbandsvorsitzende Schwartz:

„Die Zahlen zeigen deutlich, das im Bildungssystem etwas nicht in Ordnung ist. ...Ich sehe aber keinen Handlungswillen in der Politik.“ (TV, 23.05)

„Wenn die Grundlagenbildung auf Sand gebaut ist, können wir alles andere vergessen...“

Die Sprachlücken würden die Schüler bis in die weiterführenden Schulen mitschleppen.

„Das grenzt an Verantwortungslosigkeit“. Sie sei sprachlos, dass „die SPD-geführte Landesregierung beim Bildungserfolg der Kinder wegschaut.“

Anrede,

dem ist nichts hinzufügen!

Seit 2008 hat die CDU-Fraktion die Problematik auf dem Schirm. Die Schwierigkeiten, die sich im Zuge von Integration ergeben, den Unterrichtsausfall, zu wenig Kräfte in Schule und Kitas. Seit 2008 mahnt die CDU-Fraktion Chancen zu sichern! Etliche Male haben wir in Anträgen gefordert,

- verpflichtende Sprachtests in – damals hieß es noch Kindergärten – einzuführen,
- haben uns für Starterklassen eingesetzt,
- für verpflichtende Vorschulelemente im letzten Kita-Jahr.

- Dann – vor dem Hintergrund der auflaufenden Integrationsprobleme – für verbindliche Sprachförderung, Leistungsstandards und Intensivklassen – und immer wieder hat die Landesregierung leichthin abgewunken. Ach ja, und Deutsch lernen – das geht doch alltagsintegriert in den Klassen mal nebenher.

An dieser Stelle darf ich Sie, Herr Ministerpräsident, ausdrücklich loben – dass Sie anders als ihre Bildungsministerin zu der Erkenntnis gelangt sind, das Sprachbaden eben nicht der beste Weg ist, Deutsch zu lernen. Die CDU-Fraktion hat in der Vergangenheit immer wieder vergebens darauf hingewiesen:

Nun sollen Sprachbeauftragte in 350 Kitas in herausfordernder Lage eingesetzt werden. Das ist wichtig, aber haben nicht alle Kinder ein Recht auf Förderung, auf Unterstützung? Nicht nur die 13 Prozent, die diese Einrichtungen besuchen? Das Modell ist bei weitem nicht zu Ende gedacht. Denn in der Praxis setzt das Bildungsministerium weiter auf die alltagsintegrierte Sprachförderung – die aber gerade im Alltag nicht funktioniert. Daher fordere ich heute erneut, die individuelle Sprachförderung mit ausgebildeten Sprachförderkräften für die Kinder im gesamten Land und nicht nur in ausgewählten Kitas.

Seit Jahren sind die Hilferufe von Erzieherinnen, Grundschullehrern und Eltern unüberhörbar:

- unzureichende Personalschlüssel,
- Unterrichtsausfall in der Grundschule
- Förderschulen bluten aus,
- Inklusion wird nicht nach Qualitätskriterien betrieben und
- überall – von Kita bis Hochschule – fehlt es an der nötigen Ausstattung.

So, wie es im Moment läuft, Anrede, werden wir unseren Kindern nicht gerecht. Und zwar weder denen mit großem Unterstützungsbedarf noch denen, die sehr leistungsstark sind.

Zu einer weiteren Entwicklung, um die ich mir Sorgen mache: An rheinland-pfälzischen Schulen wird doppelt so häufig geprügelt und bedroht wie noch vor fünf Jahren. Mancherorts – ich erinnere an die Presseartikel Anfang Juli – sind Mobbing und Schläge Teil des Schulalltags. Es sei in den vergangenen Jahren definitiv etwas aus dem Ruder gelaufen, sagen Lehrer. Das hat teils mit dem

veränderten Medien- und Handykonsum zu tun, ja, aber auch mit der herausfordernden Situation in den Klassen.

All diesen Problemen hat sich die rheinland-pfälzische Bildungspolitik bisher nicht wirklich gestellt. Unsere Schulen sind nicht auf die Herausforderungen der Zeit vorbereitet. Die Landesregierung kümmert sich nicht ausreichend um die Sprachförderung. Sie sorgt sich nicht darum, was die heterogene Schülerschaft und die Inklusion für den Unterricht bedeuten.

Schule der Zukunft, First Class, Startchancen-Programm, Keiner ohne Abschluss, Coaching, Rheinland-Pfalz-Modell – Titel sind geduldig. Aber sie können es eben nicht richten. Wir müssen viel mehr Ressourcen ins System geben. Es reicht vorne und hinten nicht! Wir sind gespannt, wie viel Sie wirklich im neuen Haushalt an frischen Mitteln in die Bildung geben und was dadurch tatsächlich verbessert wird!

Die Landesregierung will einen „neuen Ansatz pilotieren“, damit Jugendliche besser verschiedene Branchen und Berufe kennenlernen. Das begrüßen wir ausdrücklich, weil wir uns schon seit Jahren dafür stark machen. Denn Praktika, Einblicke in verschiedene Berufe, können anspornen, motivieren.

Derzeit hat die Hälfte der Arbeitslosen in Rheinland-Pfalz keine abgeschlossene Berufsausbildung. Und fast 14 Prozent der Schulabbrecher erhielten im vergangenen Jahr keinen Ausbildungsplatz, obwohl sie sich beworben haben.

Diese Zahlen, Anrede, sind bisher kein Aufstiegs- und erst recht kein Zukunftsversprechen. Wer als Kind kein gutes Deutsch kann, verliert den Anschluss. Und schon in den ersten Jahren die Chance auf einen guten Abschluss. Jedes Kind hat ein Recht auf bestmögliche Förderung. Jede Landesregierung hat die Pflicht, gute Bildung zu garantieren.

Ich kann nur eindringlich appellieren: Werden Sie dieser Verantwortung endlich gerecht! Damit unsere Kinder nicht von vornherein auf der Verliererstraße landen. Bildung und Ausbildung müssen endlich so ernst genommen werden wie sie ernst genommen zu werden verdienen. Wir brauchen deutlich mehr Verbindlichkeit in den Bildungszielen, als dies bisher in Rheinland-Pfalz der Fall ist.

Die Bildung unserer Kinder entscheidet heute, wo wir morgen stehen – als Gesellschaft, in der Wirtschaft – und jeder als einzelner Mensch! Der Aufstieg durch Bildung, die Chance auf besten Bildungserfolg, darf kein leeres Lippenbekenntnis sein!

Genauso wenig wie der Anspruch, unseren jungen Talenten an Hochschulen bestmögliche Förderung, bestmögliche Rahmenbedingungen zu bieten.

- Seit Jahren wird die Wissenschaftspolitik von der Landesregierung nur stiefmütterlich behandelt.
- Seit Jahren verlassen mehr Studierende Rheinland-Pfalz, als aus anderen Bundesländern zu uns kommen.
- In Rankings sucht man auf den Spitzenpositionen vergeblich nach rheinland-pfälzischen Hochschulen. Kein Wunder, dass sich im Wintersemester 2022/23 rund 70.200 rheinland-pfälzische Studienberechtigte für ein Studium in einem anderen Bundesland entschieden.

Bei der Grundfinanzierung der Unis bewegen wir uns auf niedrigstem Niveau. Das, Anrede, ist eine Realität, die Chancen zunichtemacht!

- Ein enormer Investitionsstau an vielen Hochschulen beeinträchtigt die Lehre und Forschung und belastet damit das Image des gesamten Wissenschaftsstandortes.
- Das Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Dozenten lässt zu wünschen übrig.
- Bei den eingeworbenen Drittmitteln pro Professor/in liegt Rheinland-Pfalz auf dem letzten Platz.

Auch gibt es in unserem Bundesland keine Exzellenzuniversität. In den Nachbarländern aber sehr wohl, z. B. in Aachen, Bonn, Karlsruhe und Heidelberg. Dabei sind qualitativ hochwertige Bildung und exzellente Forschung so wichtig – für Innovationen, für Gründergeist, für die Schaffung von wirtschaftlichem Wohlstand. Investitionen in diesen Bereich sind langfristige Zukunftsinvestitionen!

Auch hier hemmt Bürokratie: Zu viele Ressourcen sind durch überkomplexe Verwaltungsvorschriften und Berichtspflichten gebunden. Eine Vereinfachung und Reduzierung der Verwaltungsabläufe würden Hochschulen effizienter machen. Forscher sollen forschen und nicht unnötige Formulare ausfüllen müssen!

Schutz und Chancen

welchen Schutz hatten 2021 die Menschen im Ahrtal, als die Flut kam und über sie hinwegrollte?
Herr MP, die FAZ hat Sie gefragt:

„Malu Dreyer hat darauf verzichtet, sich für die Fehler der Landespolitik bei der Ahrtal-Katastrophe zu entschuldigen...Werden Sie sich entschuldigen?“

In Ihrer Antwort sind Sie ausgewichen. Und haben gesagt, sie wollten diese Frage jetzt nicht beantworten und vorher noch viele Gespräche vor Ort führen. Diese Gespräche wollten sie erst auf sich wirken lassen.

Herr Ministerpräsident,

was wollen Sie denn da noch auf sich wirken lassen – und wie lange? Drei Jahre nach der Flut? Die Fakten, das Versagen der Regierung, der sie angehörten, liegen doch auf der Hand! Aber noch mehr irritiert hat mich ein anderer Satz von Ihnen: „Die Haltung von Malu Dreyer (also sich nicht zu entschuldigen) konnte ich immer gut nachvollziehen.“ Gut nachvollziehen? Das ihre Amtsvorgängerin kein Wort der Entschuldigung fand – für:

- Das schwerwiegende Staats- und Organisationsversagen des Kabinetts
- von Umwelt- und Innenministerium vor, während und nach der Flut?
- all die vielen Fehlbewertungen,
- die eklatant unterbliebene Kommunikation, von Behörden, Ministern, Staatssekretären?
- die frühen Warnungen, die versandeten,
- das planlose Krisenmanagement der Landesregierung?
- Keine zentrale Abstimmung innerhalb der Landesregierung und der Landesbehörden,

- kein Krisenstab, keine Krisenschalte,
- kein Versuch, ein gemeinsames Lagebild zu erstellen oder sich proaktiv Informationen zu beschaffen.
- Den unzureichenden Katastrophenschutz

Gut nachvollziehen, dass Chancen, Menschen zu warnen und zu retten, ungenutzt verstrichen?
Während sich Teile der Landesregierung schlafen legten!

Herr MP,

es wurde eben seitens der Landesregierung mitnichten alles getan, was hätte getan werden können. „Das System versagte in der Flutnacht“, wie die Rheinpfalz schreibt. Es wäre eine Frage von Respekt- und Verantwortungsbewusstsein gewesen, wenn sich Ihre Amtsvorgängerin öffentlich für die Versäumnisse entschuldigt hätte.

Ich bin betrübt, dass Sie nicht den Mut aufbringen, sich von dieser uneinsichtigen Haltung zu distanzieren und sich stattdessen in eine Reihe stellen mit dem kollektiven „Hände in Unschuld waschen“ dieser Landesregierung.

Ich zitiere hier die Rheinpfalz:19.04

„In Rheinland-Pfalz erinnert politische Verantwortung an die Herstellung einer homöopathischen Tinktur. Sie wird so lange verdünnt und geschüttelt, bis am Ende kein Wirkstoff übrigbleibt, sondern ein Placebo.“

Herr Ministerpräsident,

Sie stellen sich nicht allein hinter ihre Amtsvorgängerin. Sie stellen sich auch hinter Sts. Manz und ADD-Präsident Linnertz, die buchstäblich durch den Flutabend irrlichterten. Beide Namen stehen für schwerwiegende Fehler, für massive Versäumnisse des Umweltministeriums und der ADD.

Was aber wirklich schwer irritiert, ist Ihre Erklärung: Der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses habe ja keine neuen Erkenntnisse gebracht. Vielleicht nicht für Sie persönlich, Herr Ministerpräsident. Schließlich waren Sie vor der Flut am Kabinetttisch, während der Flut und nach

der Flut am Kabinetttisch. Sie waren all die Zeit „mittendrin“, nicht „nur dabei“. Wenn Sie jetzt sagen, nein, Ihnen hätte der Bericht des Untersuchungsausschusses nichts Neues gebracht – dann müssen wir davon ausgehen, dass Sie die ganze Zeit über bestens informiert waren.

Anrede,

diese Mainzer Regierungskoalition versucht seit dem Morgen der Flutkatastrophe, das Wissen um Verantwortung von sich wegzuschieben. Ich darf an dieser Stelle einen eindringlichen Satz aus der Rheinzeitung zitieren, der lautet: „Das Wissen um Verantwortung endet nie.“ (19.04.)

Herr MP,

Sie haben eine große Verantwortungs-Chance heute verpasst. Stattdessen setzen Sie die Ignoranz der Regierung Dreyer gegenüber den Menschen im Ahrtal und den Opfern der Flutkatastrophe fort!

Unser Land muss enorme Probleme bewältigen. Und Sie, Herr MP, stehen vor einer verantwortungsvollen Aufgabe. Deshalb wünscht Ihnen die CDU-Fraktion die

- Weitsicht, diese Verantwortung wahrzunehmen,
- die Einsicht, dass so wie bisher nicht weitergehen kann,
- den Mut, für das Wohl unseres Bundeslandes wirklich zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen

Wir freuen uns, dass Sie viele Impulse, die von der CDU-Fraktion in den vergangenen Jahren gesetzt wurden, in der Bildung, in der Migration, in Sachen Bürokratieabbau jetzt aufgreifen wollen. Das ist ein Weg in die richtige Richtung und wir hoffen, dass den Worten die Taten folgen, auf die die Menschen in unserem Bundesland hoffen. Wir werden als Opposition Ihre Regierungsarbeit kritisch und konstruktiv begleiten. Wir werden Sie an Ihren Ankündigungen messen und Erreichtes mit Versprochenem vergleichen.

- Sicherheit und Stabilität
- Zukunftsvertrauen

- Verlässlichkeit
- Visionen

Dafür stehen wir als CDU-Fraktion!

Für eine Politik, die sich mutig den Herausforderungen stellt Für eine politische Kultur, die hin- und nicht wegschaut.

Anrede,

es ist eine schwierige Entwicklung, die gerade in Deutschland stattfindet. Wir müssen uns gemeinsam auch in diesem Haus der Freiheit würdig erweisen, die wir in unserem Land leben dürfen.